

## **Netz von Beistandsabkommen**

### **– Ersatz für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine?**

Wenn ein Staat, z.B. Russland, seinem Nachbarstaat, z. B. der Ukraine, verbietet, einem Verteidigungsbündnis, z.B. der NATO, beizutreten, drückt er damit aus, dass er seinen Nachbarn militärisch überfallen will, was er dann am 24. Februar 2022 auch gemacht hat.

Die Ukraine hatte bisher keine Möglichkeit, der NATO beizutreten:

- Nicht vor 2014, denn keine NATO-fremden Truppen dürfen auf einem NATO-Mitgliedsstaat stationiert sein; doch die russische Schwarzmeerflotte ist laut Russisch-Ukrainischem Flottenvertrag von 2020 bis 2042 in Sewastopol (Krim) stationiert.
- Nicht von 2014 bis 2022, denn im März 2014 annektierte Russland die ukrainische Halbinsel Krim und in den ostukrainischen Gebieten Donezk sowie Luhansk Ukraine unterstütze Russland mit Soldaten und Waffen die Separatisten. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre nur möglich gewesen, wenn Kiew auf die Krim und diese beiden Gebiete verzichtet hätte.
- Ab 2022 ist erst nach der Beendigung des Krieges eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine möglich, wenn die russischen Truppen aus der gesamten Ukraine, inklusive der Krim, vertrieben wären oder wenn Kiew auf die von Russland eroberten ostukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischja und Cherson sowie auf die Krim verzichten würde, denn die NATO wird keinen Staat aufnehmen, der eine unregelmäßige Grenzfrage hat.

Zur Erinnerung:

- Der Westen hatte dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow nie versprochen, die NATO nicht nach Osteuropa zu erweitern, weil diese Länder 1990 noch dem osteuropäischen Militärbündnis des Warschauer Vertrags angehörten, der sich erst 1991 auflöste. Gorbatschow antwortete z.B. in einem Interview am 16. Oktober 2014 auf die Frage nach der der NATO-Ausdehnung in Richtung Osten: „Das Thema ‚NATO-Erweiterung‘ wurde überhaupt nicht diskutiert und in diesen Jahren auch nicht zur Sprache gebracht. Ich sage dies mit voller Verantwortung. Kein einziges osteuropäisches Land hat das Thema angesprochen, auch nicht nach dem Ende des Warschauer Pakts im Jahr 1991. Auch westliche Führer brachten es nicht zur Sprache. Ein weiteres Thema, das wir angesprochen haben, wurde diskutiert: sicherzustellen, dass die militärischen Strukturen der NATO nicht vordringen und dass nach der deutschen Wiedervereinigung keine zusätzlichen Streitkräfte des Bündnisses auf dem Territorium der damaligen DDR stationiert werden. Die in Ihrer Frage erwähnte Aussage von Baker [damaliger amerikanischer Außenminister] wurde in diesem Zusammenhang gemacht. Kohl [damaliger deutscher Bundes-

kanzler] und Genscher [damaliger deutscher Vizekanzler und Außenminister] haben darüber gesprochen. Alles, was getan werden konnte und musste, um diese politische Verpflichtung zu festigen, wurde getan. Und erfüllt. In der endgültigen Regelung mit Deutschland hieß es, dass im Osten des Landes keine neuen militärischen Strukturen geschaffen würden; es würden keine zusätzlichen Truppen stationiert; dort würden keine Massenvernichtungswaffen platziert. Es wurde all die Jahre beobachtet. Stellen Sie Gorbatschow und die damaligen sowjetischen Behörden also nicht als naive Menschen dar, die vom Westen um den Finger gewickelt wurden. Wenn es Naivität gab, war es später, als das Problem auftauchte. Russland hatte zunächst keine Einwände.“<sup>1</sup>

- Der amerikanische Präsident Bill Clinton hatte 1994 dem russischen Präsidenten Boris Jelzin einmal mündlich und einmal schriftlich die NATO-Mitgliedschaft Russlands angeboten, was Jelzin mit der Begründung ablehnte, dass der Zeitpunkt für eine solche Entscheidung für Russland noch zu früh sei.<sup>2</sup>
- Laut dem „Istanbul Kommuniqué“ vom 29. März 2022 über Waffenstillstandsverhandlungen der ukrainischen Delegation unter Leitung des damaligen ukrainischen Verteidigungsministers Oleksij Resnikow und der russischen Delegation unter Leitung des ehemaligen Kulturminister Wladimir Medinskij in Istanbul sollte der Status der Krim innerhalb eines Zeitraums von 10 oder 15 Jahren entschieden werden.<sup>3</sup> Die Ukraine versprach, nicht zu versuchen, die Halbinsel mit Gewalt zurückzuerobern. Wolodymyr Selenskij und Wladimir Putin würden sich persönlich treffen, um einen Friedensvertrag abzuschließen und eine Einigung darüber zu erzielen, wie viel ukrainisches Territorium Russland weiterhin besetzen würde. In dem Artikel 5 des ukrainischen Vorschlags, der bewusst an Artikel 5 des NATO-Vertrags (Beistandsartikel) erinnern sollte, wurde ein Mechanismus beschrieben, bei dem andere Länder militärisch eingreifen würden, sollte die Ukraine erneut angegriffen werden – der Kern eines möglichen Friedensabkommens aus ukrainischer Sicht. Als mögliche Garantemächte wurden genannt Großbritannien, China, Russland, die USA, Frankreich, die Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel. Bei seinem Besuch in Butscha am 4. April 2022 sagte Selenskij, dass die Gespräche mit Moskau fortgesetzt würden, obwohl Russland die Gräueltaten von Butscha als inszenierte „Provokation“ abgetan hatte. Kurz danach fügte Russland eine Klausel ein, wonach alle Garantiestaaten, darunter auch Russland, der Reaktion im Falle eines Angriffs auf die Ukraine zustimmen müssten. Das lehnte Kiew ab, denn so könnte Russland jede militärische Intervention in der Ukrai-

---

<sup>1</sup> [https://www.rbth.com/international/2014/10/16/mikhail\\_gorbachev\\_i\\_am\\_against\\_all\\_walls\\_40673.html](https://www.rbth.com/international/2014/10/16/mikhail_gorbachev_i_am_against_all_walls_40673.html)

<sup>2</sup> Teltschik, Horst, Russisches Roulette. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden. München 2019, S. 114

<sup>3</sup> <https://www.nytimes.com/interactive/2024/06/15/world/europe/ukraine-russia-ceasefire-deal.html>

ne mit einem Veto blockieren. In den Verhandlungssitzungen – teilweise per Video – von Februar bis April 2022 hatte die ukrainische Seite angeboten, sich keinem Militärbündnis anzuschließen und keine ausländischen Militärstützpunkte in der Ukraine einzurichten und dort Militärkontingente zu stationieren.

Mykhailo Soldatenko von der National University of Kyiv–Mohyla Academy analysierte die von der Ukraine bis Juli 2024 geschlossenen Zehn-Jahres-Abkommen mit zwanzig Staaten (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien, USA, Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien und Schweden) sowie mit der Europäischen Union.<sup>4</sup> Selenskij bezeichnete diese Abkommen als "neue Säulen für eine auf Regeln basierende internationale Ordnung". Auch wenn die neuen Abkommen keine gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen (umgangssprachlich als "Sicherheitsgarantien" bezeichnet) beinhalten - sie verpflichten die Unterzeichner nicht dazu, ihre Streitkräfte zur Verteidigung der Ukraine zu entsenden -, so enthalten sie doch aussagekräftigere und robustere Verpflichtungen als das Budapester Memorandum, in dem die USA, Großbritannien und Russland der Ukraine 1994 im Gegenzug für ihre Denuklearisierung relativ schwache Sicherheitsverpflichtungen zusagten.

In den neuen Abkommen verpflichten sich die Partner gegenüber der Ukraine:

- Zumindest die Art und den Umfang der militärischen und sonstigen Unterstützung beizubehalten, die sie seit dem Beginn der russischen Invasion im Jahr 2022 geleistet haben.
- Die Partner verpflichteten sich außerdem, die Ukraine in die Lage zu versetzen, künftige russische bewaffnete Angriffe nach Beendigung der derzeitigen Feindseligkeiten abzuschrecken und erforderlichenfalls sich zu verteidigen.
- Zu diesem Zweck versprachen sie, die "zukünftigen Streitkräfte" der Ukraine aufzubauen, sich mit Kiew abzusprechen und weitere Maßnahmen zu ergreifen, falls das Land in Zukunft wieder militärisch angegriffen werden sollte.

Soldatenko stellt fest: „Es besteht jedoch noch erheblicher Spielraum, um die Zusagen konkreter, belastbarer und dauerhafter zu gestalten, damit Russland glaubhaft signalisiert wird, dass die Ukraine die erforderliche Unterstützung erhält.“

Es ist zu vermerken, dass nicht alle Abkommen die weitere militärische Unterstützung mit dem Ziel der Ukraine verknüpfen, ihr gesamtes Territorium zu befreien. Diese Diskrepanz sei nicht nur symbolischer Natur, denn die Befreiung des Territoriums sei ein ehrgeizigeres militärisches Ziel als Verteidigung und Abschreckung. „Die Tatsache, dass einige der ukrainischen Partner sich abgesichert haben, deutet jedoch darauf hin, dass es ihnen genügen könnte, wenn Kiew einfach das Gebiet, das es derzeit kontrolliert, verteidigen und weitere russische Vorstöße in der Zukunft verhin-

---

<sup>4</sup> [Getting Ukraine's Security Agreements Right - Carnegie Endowment for International Peace](#)

dern könnte. Die öffentlichen Äußerungen der Ukraine und die schärferen Formulierungen, auf die sie sich mit einigen Partnern geeinigt hat, lassen darauf schließen, dass es keinen Konsens über die Ziele der militärischen Unterstützung gibt.“

Zusätzlich zum Verteidigungs- und Abschreckungsstandard verpflichten sich die Unterzeichner zusammenzuarbeiten, "um sicherzustellen, dass [die ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte] in der Lage sind, die ukrainische Verteidigungsfähigkeit vollständig wiederherzustellen“.

Die meisten Vereinbarungen können von den Unterzeichnern ohne Angabe von Gründen unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist – Niederlande mit drei Monaten - vor Ablauf der Standardlaufzeit von zehn Jahren gekündigt werden. Nur die schwedische und die EU-Vereinbarung sehen keine Kündigungsmöglichkeit vor Ablauf der Zehnjahresfrist vor.